



Agnes Saal

Absprachen im deutschen und polnischen Strafprozess

Eine rechtsvergleichende Darstellung des
Konsensualverfahrens



PETER LANG

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	1
Erster Teil: Die Absprache im deutschen Strafprozess	2
Kapitel 1: Die Absprache im geltenden Recht	2
A. Begriff und Inhalt	2
B. Vereinbarkeit der Absprache mit dem Wesen des Strafverfahrens	3
C. Vereinbarkeit der Absprachen mit den allgemeinen Prozessmaximen	6
I. Legalitätsprinzip	6
1. Zum Inhalt des Legalitätsprinzips.....	6
2. Durchbrechungen des Legalitätsprinzips.....	6
3. Absprachen und das Legalitätsprinzip.....	7
II. Officialprinzip	9
1. Zum Inhalt des Officialprinzips.....	9
2. Einschränkungen und Durchbrechungen des Officialprinzips	9
3. Absprachen und das Officialprinzip	10
III. Der Richtervorbehalt (Art. 92 GG).....	10
IV. Grundsatz des gesetzlichen Richters	12
V. Untersuchungsgrundsatz	13
1. Der Unterschied zum Zivilprozess	13
2. Inhalt und Aufgabe des Grundsatzes	13
3. Kollision zwischen Untersuchungsgrundsatz und Verfahrensabkürzung durch Absprache	14
VI. Grundsatz des rechtlichen Gehörs (Art. 103 Abs. 1 GG).....	16
VII. Grundsatz der Beschleunigung.....	18
VIII. Unmittelbarkeitsgrundsatz	19
1. Inhalt und Aufgabe	19
2. Die Absprachen und das Unmittelbarkeitsprinzip.....	19
IX. Mündlichkeitsprinzip	21
X. Grundsatz der freien Beweiswürdigung.....	21
XI. Die Unschuldsvermutung / Grundsatz „in-dubio-pro-reo“	23
1. Inhalt des Grundsatzes	23
2. Die Verletzung der Unschuldsvermutung durch das nach einer Absprache ausgesprochene Urteil.....	24
3. Absprachenkommunikation unter Berücksichtigung der	

Unschuldsvermutung	25
4. Zusammenfassung	26
XII. Öffentlichkeitsgrundsatz	26
1. Die Bedeutung und Aussage des Grundsatzes	26
2. Die Zulässigkeit von Absprachen im Hinblick auf die Kollision mit dem Öffentlichkeitsgrundsatz	27
XIII. nemo-tenetur-Grundsatz / § 136a StPO	28
1. Die Absprache und ihre Beurteilung als Drohung gemäß § 136a Abs. 1 S. 3, 1. Alt. StPO	29
2. Die in Aussicht gestellte Strafmilderung als Versprechen eines gesetzlich nicht vorgesehenen Vorteils gemäß § 136a Abs. 1 S. 3, 2. Alt. StPO	30
3. Täuschung des Beschuldigten gemäß § 136a Abs. 1 S. 1 StPO im Rahmen einer Absprache	32
4. Zwischenergebnis	33
XIV. Grundsatz des fairen Verfahrens	33
1. Inhalt und Herleitung des Fairnessgebots	33
2. Absprachen und das Gebot der Fairness	34
XV. Gleichbehandlungsgrundsatz (Art. 3 Abs. 1 GG)	35
1. Inhalt und Grenzen	35
2. Gleichbehandlungsprobleme innerhalb der „absprachefähigen“ Strafverfahren	36
XVI. Grundsatz des schuldangemessenen Strafens (§ 46 StGB)	37
XVII. Grundsatz der richterlichen Unbefangenheit (§ 24 Abs. 2 StPO)	39
1. Grundlagen der Befangenheit	39
2. Die Absprache und die richterliche Befangenheit	40
3. Zwischenergebnis	41
XVIII. Zusammenfassung	42

D. Betrachtung der Absprache unter dem Gesichtspunkt des materiellen Strafrechts

I. Strafbarkeit der Amtsträger	43
1. § 336 StGB (Rechtsbeugung)	43
2. § 258a StGB (Strafvereitelung im Amt)	46
3. § 344 StGB (Verfolgung Unschuldiger)	47
4. § 343 StGB (Aussageerpressung)	48
5. §§ 331 ff. StGB (Bestechungsdelikte)	48
6. § 240 StGB (Nötigung)	50
II. Strafbarkeit des Verteidigers	51
1. § 356 StGB (Parteiverrat)	51
2. § 203 Abs. 1 Nr. 3 StGB (Verletzung der Verschwiegenheitspflicht)	52

III. Zusammenfassung.....	53
Kapitel 2: Leitlinien der Rechtsprechung zur Absprache im deutschen Strafprozess.....	54
A. Urteilsabsprache in Rechtsprechung und Praxis.....	54
B. Grundsatzentscheidung des 4. Strafsenats vom 28.8.1997	55
I. Vorgeschichte	55
II. Inhalt der Entscheidung.....	58
III. Besonderheiten der Entscheidung.....	59
1. Keine Verständigung über den Schuldspruch.....	59
2. Offenlegung der Absprache in der öffentlichen Hauptverhandlung.....	60
3. Wahrung der freien Willensentschließung des Angeklagten und der Rechtsmittelverzicht	61
IV. Zusammenfassende Stellungnahme.....	62
C. Die Entscheidung des Großen Senats des BGH vom 3.3.2005.....	64
I. Entwicklung der Rechtsprechung bis zur Anfrage an den Großen Senat des BGH	64
II. Inhalt der Entscheidung.....	65
1. Die Entscheidungsformel.....	65
2. Urteilsabsprache und Rechtsmittelverzicht	67
a) Unzulässigkeit eines vereinbarten oder veranlassten Rechtsmittelverzichts.....	67
b) Wirksamkeit eines abgesprochenen Rechtsmittelverzichts bei qualifizierter Belehrung	68
c) Unterbliebene qualifizierte Belehrung und Wiedereinsetzung.....	70
3. Kritik an der Lösung des Großen Senats	71
III. Folgerungen aus der Entscheidung und Zusammenfassung.....	71
Kapitel 3: Notwendigkeit einer gesetzlichen Regelung.....	73
A. Ansätze zur Etablierung von konsensualen Elementen in früheren Gesetzeswerken	73
I. Das Rechtspflegeentlastungsgesetz	74
1. Verfahrensbeschleunigung nach dem Rechtspflegeentlastungsgesetz.....	74
2. Kritische Würdigung unter besonderer Berücksichtigung der Absprachenproblematik.....	74

II. Das Verbrechensbekämpfungsgesetz.....	76
---	----

B. Neuere Entwürfe für eine künftige gesetzliche Regelung der Urteilsabsprachen.....77

I. Entwurf des Strafrechtsausschusses der Bundesrechtsanwaltskammer vom Juli 2005	77
---	----

1. Problem und Zielsetzung	77
2. Gesetzesvorschlag: insbesondere die zentrale Vorschrift des § 243a StPO-E/BRABK.....	78
3. Einzelheiten des Gesetzesentwurfs und dessen kritische Würdigung unter besonderer Betrachtung des § 243 StPO-E/BRABK	79

a) Gesetzssystematische Einordnung der Urteilsabsprache.....	79
b) Anwendung der formalisierten Urteilsabsprache vor dem Amtsgericht.....	79
c) Erweiterung der möglichen Bedingungen einer gerichtlichen Zusage.....	80
d) Initiativrecht des Gerichts	80
e) Protokollierungspflichten	81
f) Obligatorische Strafmilderung, § 49 Abs. 1 StGB	81
g) Bindungswirkung der gerichtlichen Zusage und Widerspruchsmöglichkeit	82
h) Wegfall der Bindungswirkung	83
i) Folgen des Scheiterns der Urteilsabsprache.....	83
j) Rechtsmittelverzicht.....	84
4. Ergänzungsbedarf	85
a) Glaubhaftigkeit des Geständnisses	85
b) Schuldangemessenheit der Strafe.....	85
c) Strafuntergrenze.....	86
5. Zusammenfassung.....	86

II. Entwurf des Bundesrates zur Regelung von Absprachen im Strafverfahren vom 15.12.2006	86
--	----

1. Zielsetzung des Entwurfs	86
2. § 243a StPO-E/BRat als zentrale Norm des Gesetzesentwurfes.....	87
3. Begründung der zentralen Vorschrift	88
4. Kritische Stellungnahme.....	92

III. Referentenentwurf des Bundesjustizministeriums zur Regelung der Verständigung im Strafverfahren vom 18.05.2006	93
---	----

1. Der neue § 257c StPO-E/BMJ als zentrale Vorschrift des Gesetzesentwurfes.....	93
2. Wesentliche Struktur des § 257c StPO-E/BMJ	94

XIII

3. Kritische Würdigung des Vorschlages	97
IV. Zusammenfassung	97
Zweiter Teil: Die Absprache im polnischen Strafprozess	101
Kapitel 1: Die Absprache im geltenden Recht.....	101
A. Einführung	101
B. Gesetzliche Regelung.....	102
I. Konsensuale Erledigung vor Eröffnung des Hauptverfahrens.....	102
1. Absorptionsverfahren gemäß Art. 11 §§ 1 und 2 poln. StPO... 102	
2. Bedingte Verfahrenseinstellung durch das Gericht unter Auflagen.....	103
3. Verurteilung auf Antrag der Staatsanwaltschaft nach Absprache mit dem Angeklagten gemäß Art. 335 § 1 poln. StPO	104
4. Mediation gemäß Art. 23a § 1 poln. StPO.....	105
II. Konsensuale Erledigung im Hauptverfahren	107
1. Abgekürzte Hauptverhandlung gemäß Art. 387 poln. StPO	107
2. Begrenzung der Beweisaufnahme nach Geständnis bei geringen Delikten gemäß Art. 388 poln. StPO	107
3. Erledigung im schriftlichen Strafbefehlsverfahren.....	108
Kapitel 2: Vorgehensweise in der Praxis / Absprachen und Vereinbarungen über Entscheidungen durch Teilnehmer des Strafverfahrens	109
A. Klassische Form des Konsensualverfahrens – Verurteilung ohne Hauptverhandlung gemäß Art. 335 und Art. 343 poln. StPO	109
I. Juristischer Charakter des Art. 335 poln. StPO	109
II. Voraussetzungen für die Anwendbarkeit von Art. 335 § 1 poln. StPO	111
1. Antrag seitens der Staatsanwaltschaft	111
2. Vergehen, das mit Freiheitsstrafe nicht über 10 Jahren bedroht ist.....	112
3. Keine Zweifel über die Umstände der Straftatbegehung.....	114
4. Erreichen der Ziele trotz Abkürzung des Verfahrens	116
5. Kritische Würdigung.....	117
B. Freiwillige Unterwerfung unter die Strafe gemäß Art. 387 und Art. 474a poln. StPO	118

XIV

I. Einführende Bemerkungen	118
II. Voraussetzungen eines verkürzten Verfahrens	118
III. Zulässigkeit der Antragstellung gemäß Art. 387 poln. StPO	120
1. Vorliegen eines Vergehens	120
2. Richtiger Zeitpunkt der Antragstellung	121
IV. Begründetheit des Antrags gemäß Art. 387 poln. StPO	122
1. Keine Zweifel an den Umständen der Tatbegehung	122
2. Erreichen der Ziele des Verfahrens	124
3. Kein Widerspruch des Staatsanwalts und des Verletzten	125
4. Zustimmung zur Modifikation des Antrags	126
V. Form und Inhalt des Antrags	127
VI. Kritische Würdigung	128
 C. Die Rolle des Gerichts beim Vorgehen im Zusammenhang mit dem Abschluss einer strafprozessualen Absprache	 130
I. Einführende Bemerkungen	130
II. Das Gericht und die Initiative einer Absprache	130
III. Das Gericht und die Gestaltung des Inhalts einer Absprache	133
IV. Die Möglichkeit des Ausschlusses des Richters beim Vorgehen im Rahmen einer Absprache	134
V. Bindung des Gerichts an den Antrag	137
VI. Kritische Würdigung	137
 Kapitel 3: Vereinbarkeit der Vorschriften der Art. 335 und 387 poln. StPO mit strafprozessualen Grundsätzen	 139
A. Einführende Bemerkungen	139
B. Einzelne Prozessgrundsätze	139
I. Grundsatz der materiellen Wahrheit (Untersuchungsgrundsatz) ...	139
II. Legalitätsprinzip	140
III. Unmittelbarkeitsprinzip	141
IV. Zusammenfassung	141
 Kapitel 4: Abschließende Betrachtung der polnischen Absprachenkodifikation	 142
A. Allgemeine Veränderungen	142
B. Die Problematik des Abschlusses von Absprachen	143
C. Die Rolle des Gerichts im Anschluss an eine Absprache	144

D. Das Verhältnis zwischen Inhalt der Absprache und dem anschließenden Urteil.....	145
E. Die Problematik des Urteilsinhalts	147
F. Absprachen und das Berufungsverfahren	148
Dritter Teil: Vergleichbarkeit der beiden Rechtssysteme hinsichtlich der Absprachenproblematik.....	150
Kapitel 1: Schlussfolgerungen <i>de lege lata</i> im deutschen Strafprozess.....	150
A. Vorliegen und Vermeidbarkeit von Verstößen gegen Prozessmaximen	150
B. Verstoß gegen materielles Recht	151
C. Notwendigkeit einer gesetzlichen Regelung.....	153
Kapitel 2: Schlussfolgerungen <i>de lege ferenda</i> unter Berücksichtigung der Gesetzesvorschläge und der polnischen Absprachenkodifikation	154
A. Bewertung der neuen Gesetzesvorschläge auf rechtsvergleichender Ebene	154
I. Initiativrecht hinsichtlich einer Absprache.....	154
II. Anwendungsbereich für Absprachen	155
III. Erforderlichkeit eines Geständnisses	156
IV. Prozessuale Situation des Verletzten	157
V. Rechtsmittelweg	158
B. Übertragbarkeit der Strafzumessung auf Antrag der Parteien gemäß Art. 335 und Art. 387 poln. StPO auf das deutsche Strafprozessrecht.....	159
I. Strukturelle Vergleichbarkeit der Prozesssysteme	159
II. Die Notwendigkeit der Ermittlung materieller Wahrheit	160
III. Vereinbarkeit mit dem Legalitätsprinzip	163
IV. Konsensbildung und eingeschränkter Verhandlungsgrundsatz...	165
V. Die Bindung des Gerichts an den Antrag der Parteien	166
C. Fazit	168

ANHANG.....	173
A. Gesetzesentwurf des Bundesrates vom 15.12.2006	173
B. Referentenentwurf des Bundesjustizministeriums vom 18.05.2006	176
C. Polnischer Gesetzestext in deutscher Sprache (Auszug der für die Untersuchung relevanten Vorschriften).....	179
I. Auszug aus dem polnischen Strafgesetzbuch.....	179
II. Auszug aus der polnischen Strafprozessordnung.....	181